

Bischof Reuel Marigza, United Church of Christ in the Philippines, erläuterte in seinem Eingangsimpuls die Hoffnungen und Sorgen, die seine Kirche mit dem Amtsantritt von Rodrigo Duterte verbunden hatte und wie die ersten Monate seiner Präsidentschaft zu bewerten seien. Er wies auf die sich massiv verschlechterte Menschenrechtsslage hin, erwähnte aber auch positive Impulse durch die neue Regierung: diese treibe die Friedensverhandlungen mit den kommunistischen Rebellen voran und versuche den ausländischen Konzernen kontrollierten Bergbausektor zu regulieren.

Nymia Pimentel schilderte in bedrückender Weise die katastrophalen Auswirkungen des sogenannten Kriegs gegen Drogen. Es seien vor allem die Ärmsten der Armen, die Opfer extralegalen Tötungen durch die Polizei werden würden. Auch würden die Philippinen kurz davor stehen, die Todesstrafe wieder einzuführen.

Botschafterin Sta. Maria-Thomeczek betonte hingegen, dass die Philippinen weiterhin zu ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen stehen würden. Man müsse zwischen der Rhetorik des Präsidenten und den Handlungen der Regierung unterscheiden. Diese bemühe sich die Todesfälle aufzuklären. Dem widersprach AMP-Koordinator Johannes Icking. Es sei genau Dutertes Rhetorik, die die Morde auslösen würde. Zudem habe dieser mehrfach versprochen, Polizisten vor der Strafverfolgung zu schützen.

Bärbel Kofler betonte als Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, dass es Konsequenzen für die Beziehungen zu den Philippinen haben müsse, sollte sich die Politik der Regierung nicht bald ändern. So drohe z.B. eine Entziehung von Handelspräferenzen, die die EU im Moment gewährt. Kofler bedauerte, dass Deutschland und Europa mit den Philippinen einen wichtigen Partner in Asien zu verlieren drohen, mit dem man in der Vergangenheit auch in Menschenrechtsfragen eng zusammengearbeitet habe.